

Kommunal-Newsletter der AG Kommunalpolitik

Nr. 25 – 21. Juni 2007

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem Kommunal-Newsletter der AG Kommunalpolitik der Fraktion DIE LINKE. übermitteln wir euch aktuelle Informationen zu verschiedenen kommunal relevanten Themen aus EU, Bund, Ländern und Kommunen. Wie immer nehmen wir sehr gern weiterführende Hinweise oder Verbesserungen zur Gestaltung des Kommunal-Newsletters entgegen. Um möglichst Viele zu erreichen, wären wir euch auch dankbar, wenn ihr den Kommunal-Newsletter weiter verschicken oder empfehlen würdet. Bereits erschienene Ausgaben können bei uns angefordert werden.

Mit freundlichen Grüßen
Katrin Kunert (MdB), Petra Brangsch und Manfred Klaus

D i e I n h a l t e

1. Parlamentarische Initiativen
2. Themen
 - 2.1. Demokratie
 - 2.2. Interkommunale Zusammenarbeit
 - 2.3. Transparenz
 - 2.4. Gebiets- und Strukturreform
 - 2.5. Demografischer Wandel
 - 2.6. Daseinsvorsorge
 - 2.7. Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen
 - 2.8. Kommunale Wirtschaftspolitik
 - 2.9. Integration und Migration
 - 2.10. Gesundheit und Soziales
 - 2.11. Öffentlicher Nahverkehr
 - 2.12. E-Government
 - 2.13. Rechtsextremismus
 - 2.14. Verschiedenes
3. Veranstaltungen
4. Veröffentlichungen
5. Personalien – Linke Mandate
6. Kontakte

1. P a r l a m e n t a r i s c h e I n i t i a t i v e n

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu den möglichen Auswirkungen der Föderalismusreform II auf die haushaltspolitischen Spielräume der Länder

<http://dip.bundestag.de/btd/16/046/1604652.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu Denkmalschutz und Gebäudesicherheit

<http://dip.bundestag.de/btd/16/046/1604662.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zum Stand der Umsetzung der Bundesinitiative „Mehrgenerationenhäuser“

<http://dip.bundestag.de/btd/16/046/1604688.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Initiativen zur Verschärfung sowie zum Stand der Evaluation des Jugendschutzes

<http://dip.bundestag.de/btd/16/047/1604707.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zur Finanzierung des geplanten Ausbaus der Kindertagesbetreuung

<http://dip.bundestag.de/btd/16/047/1604708.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu den Auswirkungen der Abgeltungssteuer auf den Kapitalmarkt

<http://dip.bundestag.de/btd/16/047/1604714.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zur Hofnachfolge auf landwirtschaftlichen Betrieben

<http://dip.bundestag.de/btd/16/047/1604721.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu den Beschäftigungseffekten durch die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

<http://dip.bundestag.de/btd/16/047/1604722.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zur Steigerung der Energiekosten von SGB-II und SGB-XII-Beziehenden

<http://dip.bundestag.de/btd/16/047/1604785.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Revision des Bundesverkehrswegeplans

<http://dip.bundestag.de/btd/16/048/1604809.pdf>

Unterrichtung durch die Bundesregierung – Berufsbildungsbericht

<http://dip.bundestag.de/btd/16/052/1605225.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Zwischenbilanz des Nationalen Radverkehrsplans 2002-2012

<http://dip.bundestag.de/btd/16/052/1605255.pdf>

Antrag der Linksfraktion – Menschen statt Profite - Nein zu G 8

<http://dip.bundestag.de/btd/16/054/1605408.pdf>

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Verbindlichen Ausbau der Kindertagesbetreuung jetzt regeln – Verlässlichkeit für Familien schaffen

<http://dip.bundestag.de/btd/16/054/1605426.pdf>

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Landwirtschaftliche Krankenversicherung ab 2009 weiter an Bundesmitteln zur landwirtschaftlichen KV beteiligen

<http://dip.bundestag.de/btd/16/054/1605427.pdf>

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zwangsverrentung von Langzeitarbeitslosen ausschließen

<http://dip.bundestag.de/btd/16/054/1605429.pdf>

Antrag der Linksfraktion – Erhöhung des Schonvermögens im Alter für ALG II Bezieher

<http://dip.bundestag.de/btd/16/054/1605457.pdf>

Große Anfrage der FDP zu Auswertungen der Erfahrungen mit anonymer Geburt und Babyklappe

<http://dip.bundestag.de/btd/16/054/1605489.pdf>

2. Themen

2.1. Demokratie

Kampagne für ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger/innen

Die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenbeauftragten in NRW startet im September eine Kampagne für die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Migrantinnen und Migranten aus Nicht-EU-Staaten. In Bonn und Solingen unterstützen die Stadträte diese Kampagne durch Verabschiedung einer Resolution.

http://www.laga-nrw.de/data/migration26_2007.pdf

http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/04/0412608.htm

http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/04/0412608NV2.htm

2.2. Interkommunale Zusammenarbeit

Kosteneinsparung und verkürzte Bearbeitungszeiten

Vier NRW-Kommunen beschreiten jetzt neue Wege, um ihre Aufgabenerfüllung zu optimieren. Als "Pioniere der interkommunalen Zusammenarbeit" bezeichnete Nordrhein-Westfalens Innenminister Dr. Ingo Wolf die Kommunen. Auf der Suche nach mehr Effizienz bei geringeren Kosten startet die Stadt Hückeswagen gemeinsam mit den Städten Wipperfürth, Radevormwald und der Gemeinde Marienheide das Modellprojekt "Shared Services".

http://www.presseservice.nrw.de/presse2007/05_2007/070530IM1.php

2.3. Transparenz

Offenlegung der Gaspreiskalkulation

Die deutschen Gasnetzbetreiber haben vor dem Bundesgerichtshof (BGH) eine Niederlage erlitten: Sie müssen in Zukunft der Bundesnetzagentur ihre Preisgestaltung offen legen - diese kann dann leichter gegen erhöhte Preise vorgehen.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,489332,00.html>

2.4. Gebiets- und Strukturreform

Kreisreform in Sachsen

Die Sächsische Staatsregierung hat einen Gesetzentwurf zu Kreisreform zum 1. Juli 2008 vorgelegt, danach werden die bisherigen 22 Landkreise sowie die Kreisfreiheit von drei Städten aufgehoben. Künftig soll es im Freistaat Sachsen zehn Landkreise (Bautzen, Erzgebirgskreis, Görlitz, Leipzig, Meißen, Mittelsachsen, Nordsachsen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Vogtlandkreis und Zwickau) und drei kreisfreie Städte (Chemnitz, Dresden und Leipzig) geben.

http://www.sachsen.de/de/bf/staatsregierung/ministerien/smi/smi/upload/SaechsKrGebNG_070515_Landtag.pdf

http://www.sachsen.de/de/bf/staatsregierung/ministerien/smi/smi/upload/Leitbild_Kreisreform_V30.pdf

Studien zu Effekten von Kreisgebietsreformen

Helmut Seitz von der TU Dresden hat im Mai 2007 die Studie „Ökonomische und fiskalische Effekte der Kreisstrukturreform in Sachsen“ vorgelegt.

http://www.sachsen.de/de/bf/staatsregierung/ministerien/smi/smi/upload/Studie_Lehrstuhl_Seitz_Sachsen_V1.0.pdf

Diese Studie basiert auf der ausführlichen Untersuchung über Thüringen aus dem Jahr 2006 "Die finanzpolitische Situation in Thüringen: Eine Untersuchung vor dem Hintergrund der demographischen Veränderungen und der Rückführung der Osttransferleistungen".

Diese Studie ist verfügbar unter

<http://www.fes-thueringen.de/images/stories/th-vollstaendig-revised-letzte.pdf>

Gutachten zu Gemeindemodellen in Sachsen-Anhalt

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle und die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg wurden zur Vorbereitung der Gemeindegebiets- und Strukturreform in Sachsen-Anhalt mit der Erstellung eines Gutachtens beauftragt, um die „wirtschaftlichere“ Organisationsform von den drei im Land diskutierten Gemeindemodellen Verwaltungsgemeinschaft, Einheitsgemeinde und der Verbandsgemeinde zu ermitteln.

<http://www.sachsen-an->

[halt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Politik_und_Verwaltung/Bibliothek_Ministerium_des_Innern/PDF_Dokumente/Startseite/Kurzfassung_Studie_Endversion-2007-06-09.pdf](http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Politik_und_Verwaltung/Bibliothek_Ministerium_des_Innern/PDF_Dokumente/Startseite/Kurzfassung_Studie_Endversion-2007-06-09.pdf)

2.5. Demografischer Wandel

Modellregion Westerzgebirge

Kurzbericht über das „Modellvorhaben Westerzgebirge – Optimierung der Infrastrukturangebote und Aufwertung der Lebensbedingungen in Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang“ zur Ergebniskonferenz am 13. Juni 2007. Hrsg.: Universität Bayreuth/RRV-Gesellschaft für Raumanalysen, Regionalpolitik und Verwaltungspraxis mbH/Sächsisches Staatsministerium des Innern, 25 S.

http://www.sachsen.de/de/bf/staatsregierung/ministerien/smi/smi/upload/Ergebnisbericht_WE_Kurz_Juni2007.pdf

2.6. Daseinsvorsorge

Schwerin stoppt Privatisierung kommunaler Wohnungen

Schwerins Stadtvertreter schlossen sich mit knappen 21 zu 19 Stimmen der entsprechenden Forderung eines Bürgerbündnisses an. Damit bleibe die Stadt noch mindestens zwei Jahre lang alleinige Eigentümerin der Wohnungsgesellschaft WGS und deren Wohnungsbestandes.

<http://www.mvregio.de/mvr/38712.html>

Fünf Leitfäden für PPP-Projekte

Das Bundesbauministerium hat am 13. Juni 2007 fünf Leitfäden für PPP-Projekte veröffentlicht. Sie sind das Ergebnis einer Forschungsstudie im Auftrag des Ministeriums und der PPP Task Force des Bundes. Leitfaden 1: "Chancen und Risiken von PPP in den Neuen Bundesländern" Leitfaden 2: "Kriterienkatalog PPP-Eignungstest Schulen" vor. Leitfaden 3: "Outputorientierte Ausschreibungsunterlagen" Leitfaden 4: "PPP-Wirtschaftlichkeitsuntersuchung" Leitfaden 5 "PPP-Mustervertrag" Die Leitfäden dürften auch für eine sachgerechte Kritik bzw. zur Evaluierung von PPP-Projekten nützlich sein.

<http://www.bmvbs.de/artikel-,302.998755/PPP-Schulstudie-mit-Handlungsl.htm>

2.7. Wirtschaftliche Betätigung der Kommune

Anreizregulierung: Sinkende Strompreise oder das aus für kleine Stadtwerke?

Mit dieser Fragestellung befasste sich ein Expertengespräch der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag. Eine kurze Zusammenfassung und Ergebnisse ist zu finden unter:

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7714127623.pdf>

2.8. Kommunale Wirtschaftspolitik

Wirtschaftsfreundlichste Kommune 2007 in Mecklenburg-Vorpommern

Die Hansestadt Greifswald ist in diesem Jahr die "Wirtschaftsfreundlichste Kommune des Landes Mecklenburg-Vorpommern". Die Bewerbung wurde von 42 ortsansässigen Unternehmen und Verbänden unterstützt.

http://www.wm.mv-regierung.de/pages/wirtschaftsfreundlich.htm?id=0&u_id=0

Regionalgeld „LANDMARK“ in Ostthüringen

Der Wirtschaftsring LANDMARK strebt an, durch die Einführung der Komplementärwährung „LANDMARK“ ein regionales Wirtschaftssystem in Thüringen aufzubauen. Er kooperiert bislang mit 74 mittelständischen Teilnehmern. Die LANDMARK gibt es in zwei Varianten: Die „LANDMARK-Gutscheine“ binden Euros an die Region, die sonst abfließen würden. Das bargeldlose „LANDMARK-Quittungssystem“ ermöglicht gegenseitige zinslose Kleinkredite und den Handel mit Waren und Dienstleistungen, die am „Euromarkt“ vermindert nachgefragt werden.

<http://www.wirtschaftsring.reinstaedter-landmarkt.de>

2.9. Integration und Migration

Integrationskonzept Berlin – Fortschreibung

Der Senat stellt seine Integrationspolitik mit dem Integrationskonzept 2007 auf eine neue Grundlage. Die mit dem Integrationskonzept 2005 vorgenommene Entwicklung integrationspolitischer Leitsätze wird untersetzt mit einem verbindlichen Maßnahmenkatalog für die laufende Legislaturperiode. Es werden 45 Projekte herausgestellt, die für das Erreichen integrationspolitischer Ziele von zentraler Bedeutung sind.

<http://www.berlin.de/lb/intmig/integrationskonzept.html>

2.10. Gesundheit und Soziales

Pflegereform

Als notwendig, aber nicht hinreichend bezeichnet der Deutsche Städte- und Gemeindebund den Kompromiss des Koalitionsausschusses zur Pflegereform. Weder im ambulanten noch im stationären Bereich sind seit Inkrafttreten der Pflegeversicherung die Leistungen angehoben worden. „Dadurch haben die Pflegesätze inzwischen mehr als ein Sechstel ihres Wertes verloren. Dies ist ein Grund, warum gerade Heimbewohner immer stärker auf die kommunal finanzierte Sozialhilfe zurückgreifen müssen. 2003 haben die Städte und Gemeinden 2,9 Mrd. Euro für die Hilfe zur Pflege ausgegeben, 2005 waren es bereits 3,4 Mrd. Euro, Tendenz steigend...“

http://www.dstgb.de/index_inhalt/homepage/index.phtml?ionasFrameCheckName=inhalt&ionasFrameCheckUrl=http%3A%2F%2Fwww.dstgb.de%2Findex_inhalt%2Fhomepage%2Fpressemeldungen%2Finhalt%2Fdstgb_kompromiss_zur_pflegereform_notwendig_aber_nicht_ausreichend%2Findex.html%3Freferrer%3D

2.11. Öffentlicher Nahverkehr

Grünbuch Stadtverkehr

Die Generaldirektion Verkehr der Europäischen Kommission hat eine Debatte zum städtischen Nahverkehr gestartet, die zu einem Grünbuch Stadtverkehr führen soll. Darin wird untersucht, ob auf EU-Ebene Hindernisse für die Umsetzung einer erfolgreichen Nahverkehrspolitik in den Städten bestehen und wie sie aus dem Weg zu räumen sind. Ziel ist, den Mehrwert eines Handelns auf europäischer Ebene für Maßnahmen auf lokaler Ebene auszuloten.

Auf einer Konferenz zum Thema "Städtischer Nahverkehr: Probleme, Lösungen, und Verantwortlichkeiten" am 31. Januar in Brüssel äußerten hochrangige Vertreter europäischer Großstädte und der europäischen Organe die Erwartungen der Kommunalbehörden an das Grünbuch und erörterten die Vorteile eines gemeinsamen Vorgehens auf europäischer Ebene.

Das englischsprachige Background paper dazu:

<http://www.eukn.org/binaries/eukn/news/2007/1/transport-working-paper.pdf>

Das Ergebnis der Stakeholder Conference "Towards a European policy for urban transport" vom 4. Juni 2007 ist in diesem Backgroundpapier enthalten (gleichfalls nur in Englisch):

http://ec.europa.eu/transport/clean/green_paper_urban_transport/preparation_en.htm

2.12. E- Government

Geoportal Sachsen frei geschaltet

Unter dem Namen Sachsenatlas hat der Freistaat Sachsen gemeinsam mit seinen Kommunen ein neues Geoportal erstellt. Interessierte können kostenlos Luftbilder, Geländemodelle, topografische Karten sowie Bebauungs- und Flächennutzungspläne abrufen. Alle Daten können beliebig miteinander kombiniert werden, sodass individuelle Karten zusammengestellt werden können. Die Adress- und Ortssuche ermöglicht eine gezielte Informationsabfrage. Für Kommunen besteht die Möglichkeit, Komponenten des Sachsenatlas in eigene Internet-Auftritte zu integrieren und somit lokale Daten komfortabel bereitzustellen.

www.atlas.sachsen.de

2.13. Rechtsextremismus

Das Bündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Brandenburg befasst sich in seinem neuesten Newsletter mit dem Wirken der NPD auf kommunaler Ebene.

http://www.aktionsbuenndnis.brandenburg.de/sixcms/media.php/1235/Newsletter_130607.15281673.pdf

2.14. Verschiedenes

Zusammenschluss junger Kommunalparlamentarierinnen und –parlamentarier in MVP

Mecklenburg-Vorpommern hat sich eine Jugendfraktion gegründet. Sie besteht aus Kommunalparlamentarierinnen und -parlamentarier des ganzen Landes, die an die Landtagsfraktion angedockt sind.

3. V e r a n s t a l t u n g e n

20. bis 21. September 2007

Speyerer Vergaberechtstage 2007

Veranstalter: Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Ort: Speyer

Anmeldung und Programm: tagungssekretariat@dhv-speyer.de, www.dhv-speyer.de

2. November 2007

Treffen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, der Landrätinnen und Landräte sowie weiterer kommunaler Wahlbeamtinnen und Wahlbeamter der Partei DIE LINKE

Veranstalter: Parteivorstand und Bundestagsfraktion

Ort: Rotes Rathaus Berlin, ab 13:00 Uhr

24. November 2007

Beratung zum Thema kommunales Eigentum

Veranstalter: BAG Kommunalpolitik und parlamentarische Arbeit mit der AG Wirtschaftspolitik der Partei DIE LINKE

Ort: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Infos: http://die-linke.de/partei/zusammenschlusse/bag_kommunalpolitik_und_parlamentarische_arbeit/

4. V e r ö f f e n t l i c h u n g e n

Heidi Sinning, **Stadtmanagement. Strategien zur Modernisierung der Stadt(-Region).**

2., überarbeitete Auflage, 2007 ISBN: 978-3-939486-20-6, Verlag **Dorothea Rohl**

Kurzbeschreibung: Was sind neue Qualitäten, die mit Stadtmanagement verbunden sein können? Wo liegen Unterschiede zu Stadtplanung und Stadtentwicklung? Auf welchen Handlungsebenen und in welchen Handlungsfeldern lassen sich Veränderungen erkennen? Diesen Fragen nähert sich der vorliegende Sammelband. Die Autoren und Autorinnen setzen sich auseinander mit veränderten Anforderungen an Stadt, mit ausgewählten Handlungsfeldern, mit verschiedenen Handlungsebenen und mit Instrumenten eines Stadtmanagements. Sie diskutieren Perspektiven von Berufspraxis und Ausbildung.

Dagmar Everding, **Solarer Städtebau**

Verlag: Kohlhammer Verlag, 2007 ISBN: 978-3-17-017413-9

Kurzbeschreibung: Die Städte in der Bundesrepublik haben ihr Hauptwachstum abgeschlossen und befinden sich im Umbau. In der Modernisierung des Bestands liegt dabei das höchste Potential für Maßnahmenkombinationen aus solarer und regenerativer Energienutzung, Energieeinsparung und rationeller Energieerzeugung. Das Buch entwickelt Leitbilder zum Solaren Städtebau, die sich auf typische städtische Quartierstypen beziehen, und beschreibt darauf bezogen differenziert die technischen und ökonomischen Potentiale für solares Bauen.

5. P e r s o n a l i e n – L i n k e M a n d a t e

Fraktionsvorstand in der Bremischen Bürgerschaft

Am 11. Juni 2007 konstituierte sich die siebenköpfige Fraktion DIE LINKE. in der Bremischen Bürgerschaft. Die parteilose Gewerkschaftlerin Monique Troedel und das Betriebsratsmitglied des Klinikums „Links der Weser“ Peter Erlanson wurden als gleichberechtigte Fraktionsvorsitzende gewählt. Die Wirtschaftsassistentin Sirvan Cakici ist Stellvertreterin. Dieses Amt rotiert jährlich geschlechterquotiert. In der Fraktion sind außerdem: Jost Beilken, Inga Nitz, Klaus-Rainer Rupp und Walter Müller (für Bremerhaven). Die Fraktion bestellte Manfred Steglich und Christoph Spehr zu gleichberechtigten Fraktionsgeschäftsführern.

info@dielinke-bremen.de, <http://www.dielinke-bremen.de>

6. K o n t a k t e

Katrin Kunert

Kommunal- und sportpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag

Tel.: 030 227 74488

Fax: 030 227 76489

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: katrin.kunert.@bundestag.de

Dr. Petra Brangsch

wiss. Mitarbeiterin der Bundestagsabgeordneten Katrin Kunert

Tel.: 030 227 74490

Fax: 030 227 76489

Funk: 0172 3124439

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: katrin.kunert.ma02@bundestag.de

Dr. Manfred Klaus

Referent für Regional- und Kommunalpolitik

Tel.: 030 227 55110

Fax: 030 227 56413

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: manfred.klaus@linksfraktion.de

Felicitas Weck

Referentin Bund-Länder-Koordination

Tel.: 030 227 52114

Fax: 030 227 56411

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: felicitas.weck@linksfraktion.de